



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. März 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 20 der Tagesordnung: Finanzielle Auswirkungen durch die Schulschließungen im Bereich des Schul- und Sportamts (4. Fortschreibung)

Vorlage: 2021/0337

Punkt 20.1 der Tagesordnung: Tageweise Abrechnung der Gebühren für Betreuung und Mittagessen während der ergänzenden Betreuung und Notbetreuung

Änderungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2021/0378

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt

- a) die Bereitstellung von 133.482,55 Euro für Mehraufwendungen zur Kompensation der Elternbeiträge für die Betreuung von Grundschulkindern der freien Träger einschließlich des Mittagessens im Zeitraum vom 1. Januar bis 28. Februar 2021.
- b) die Übernahme der Mindererträge von 411.660 Euro für Elternbeiträge/Betreuungsentgelte, auf die verzichtet wurde, einschließlich des Mittagessens im Zeitraum vom 1. Januar bis 28. Februar 2021.
- c) die Anwendung des auf Seite 3 beschriebenen Gebührenmodells auf die Ergänzende Betreuung, das ergänzende Betreuungsmodul im Rahmen der Ganztagschule und das damit verbundene Mittagessen im Zeitraum des Wechselunterrichts.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Bei 6 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgermeister Lenz: Ich habe eine gute Nachricht, die möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Nämlich, vorne steht ja die Mehraufwendung von über 400.000 Euro und davon übernimmt das Land Baden-Württemberg 80 Prozent, und damit würde ich es jetzt einfach mal bewenden lassen, denn Sie kennen ja das Prozedere. Es ist die 4. Fortschreibung und die gute Nachricht, die Eltern, die im Januar und Februar Beiträge bezahlt haben, das ist ja der Kern, bekommen es zurück.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ja, ich kann eigentlich an das anschließen, was ich gerade schon mal gesagt habe, liebe Verwaltung, das ist eine pragmatische Vorlage aus unserer Sicht und es freut uns ganz besonders, denn am Anfang der Pandemie, als wir beispielsweise über den Kita-Bereich ja viel hin und her diskutiert haben, da war das nicht immer der Eindruck. Hier ist ganz klar von der Stadtverwaltung so gedacht worden, dass man unbürokratisch arbeitet, dass man schnell auszahlen kann an die Eltern. Es ist ein Entgegenkommen bei der ergänzenden Betreuung bereits in finanziellen Aspekten da, und das Schöne an der Sache, DIE LINKEN fordern ja eine tageweise Abrechnung, tageweise ist es vielleicht nicht, aber es ist tagesgenau, wenn man es genau anschaut, denn diese fünf Tage aus dem Dezember, die Schließungen waren ja ab dem 16.12., die werden dann einfach in den Januar und Februar mitübernommen, und die letzten Februarwochen werden da miteingerechnet. Also insofern ist es tatsächlich tagesgenau. Deswegen werden wir dieser Vorlage auch zustimmen.

Wir werden dem Änderungsantrag der LINKEN allerdings nicht zustimmen, denn man hat so ein bisschen den Eindruck, dass der aus genau der gleichen Idee geboren ist wie die Debatte um die Kita-Beiträge. Es ist aber nicht vergleichbar mit den Kita-Beiträgen. Einen Punkt habe ich gerade genannt, das Thema tagesgenaue gegenüber der tageweisen Abrechnung. Wir haben nämlich keine tageweise Abrechnung, solange wir nicht in der Pandemie sind. Also im Regelbetrieb gibt es das ja auch nicht, dass Leute oder Eltern, die hier diese Betreuungsleistung oder das Mittagessen in Anspruch nehmen, dass sie dann tageweise eben sagen können im Monat, wie viel sie dann im Endeffekt bezahlen möchten, sondern das ist eine Pauschale, die da zu bezahlen ist. Genauso wird analog hier auch verfahren. Der große Unterschied zu dem Kita-Bereich ist ja, dass die Verwaltung hier durchaus ein Angebot bereithält, nämlich sowohl ein Betreuungs- als auch ein Mittagessensangebot, für das natürlich auch Personalkosten entstehen. Es werden also weitere Kosten entstehen, und das war ja bei der Kita-Debatte nicht so an manchen Stellen. Da hatten wir ja tatsächlich die Forderung, die im Raum stand, dass Eltern für eine Betreuung, die ihnen nicht offensteht, zahlen sollen. Also, das ist nicht vergleichbar an der Stelle. Zusätzlich ist es nicht vergleichbar, weil wir von ganz anderen Beträgen sprechen. Das ist ja auch so, aus der Verwaltungsantwort kommt das raus. Wir sprechen hier überhaupt nicht über die gleiche Belastung für Eltern, wie es bei den Kita-Beträgen der Fall ist. Zudem, wir haben es gerade noch mal nachgeguckt auf der städtischen Website, gilt ja auch die Geschwisterkind-Regelung oder die Befreiung für ALG 2-Beziehende und Menschen mit Kinderpass. Das heißt, wir haben da ja bereits soziale Gerechtigkeit mit integriert. Paare oder Eltern mit geringem Einkommen betrifft diese Vorlage ja ohnehin nicht, weil sie ohnehin nichts zahlen, deswegen Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, Ablehnung des Änderungsantrags der LINKEN.

Stadtrat Hofmann (CDU): Das war sehr umfangreich und sehr richtig alles, was der Kollege Bauer gesagt hat. Deswegen brauche ich da gar nicht viel hinzuzufügen. Wir werden sowohl der Vorlage entsprechend zustimmen als auch den Änderungsantrag aus genau den genannten Gründen ablehnen. Im Endeffekt zeigt sich genau in dieser Vorlage aus der Debatte, die wir schon geführt hatten, was man doch noch positiver machen kann. Von daher auch noch mal

einen großen Dank an die Verwaltung, dass genau das, was wir letztes Mal hier eingebracht haben, dass das hier auch sehr gut umgesetzt wird und von daher denke ich, können wir da auch wirklich sehr freudig zustimmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Bisher herrscht große Einigkeit. Leider sind wir es geübt, die Elternbeiträge zu kompensieren. In der Beschlussvorlage ging es noch um viel Geld. Es ist eine gute Nachricht, dass jetzt zumindest ein großer Teil erstattet wird. Es ist aber auch richtig, in dieser Unsicherheit den Eltern trotzdem hier das Signal zu geben und zu sagen, wir erheben keine Beiträge, wenn auch keine Betreuung in Anspruch genommen wird. Das ist richtig, das zurückzahlen, auch wenn wir noch in der Unsicherheit waren, eben was uns da genau erstattet wird. Deswegen stimmen wir der Beschlussvorlage heute so zu, dem vorgeschlagenen Weg. Auch wir sehen eine tagesweise Abrechnung. Wir folgen hier der Stadtverwaltung in ihrer Argumentation und Kollege Bauer hat es mir auch schon vorweggenommen, diese pauschale Regelung haben wir ja auch im Allgemeinen. Das ist eine angemessene Regelung, die unterstützen wir hier. Deswegen lehnen wir den Änderungsantrag DER LINKEN ab. Es wurde auch schon bereits gesagt, dass in schwierigen Situationen in Karlsruhe ja tatsächlich geholfen wird und das ist, glaube ich, auch eine ganz wichtige Botschaft nach außen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich übernehme gerne diesen Begriff der tagesgenauen Abrechnung. Das ist tatsächlich eine Ungenauigkeit in unserem Änderungsantrag. Wir bleiben aber bei dem Änderungsantrag, den ich dann tatsächlich separat für den Punkt C abgestimmt haben möchte, weil ich einfach davon ausgehe, wir haben in dieser Situation, jetzt nicht nur als Stadt große Probleme, große finanzielle Probleme, sondern jede einzelne Familie hat große finanzielle Probleme, große organisatorische Probleme. Gerade durch diese wechselnden Betreuungsnotwendigkeiten, durch die fehlende Verpflegung, durch all das werden Familien in dieser Situation sehr belastet.

Ich rede hier jetzt ganz bewusst eben nicht von den Familien, die im Hartz IV-Bezug leben, sondern von den vielen Familien, die einfach mit relativ geringem Einkommen leben müssen, wo die Eltern möglicherweise in Kurzarbeit sind, noch eine weitere reduzierte Einkommenssituation haben, gleichzeitig aber gucken müssen, dass sie irgendwie es über höhere Aufwendungen hinkriegen, dass ihre Kinder nach wie vor in der Schule am Ball bleiben können. Das bedeutet für viele Familien wirklich eine enorme Belastung. Das sind zwar für uns im Großen gesehen minimale Beträge, aber für jede einzelne Familie, die mit drei Kindern am Küchentisch sitzt, ist es viel - der Vater ist im Homeoffice und die Kinder noch dazu, dann wer hat jetzt gerade welches Gerät. Das alles belastet, und es belastet wirklich so, dass ich glaube, es wäre hilfreich, von der Stadtverwaltung hier, sich der Mühe anzunehmen, tatsächlich den Familien eben nicht pauschal die halbe Monatsmiete, in Führungszeichen, zu berechnen, sondern tatsächlich im Detail hinzugucken, weil ich auch der Überzeugung bin, dass die Situation noch lange nicht bewältigt ist. Es wird uns noch weitere Monate kosten, und für die Familien ist das wirklich eine existenzielle Herausforderung. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt.

Dann möchte ich noch eine abschließende Bemerkung machen. Ich hätte mir sehr gewünscht, wenn wir diese Beschlussvorlage früher erhalten hätten, wenn wir diese Beschlussvorlage in einem Ausschuss hätten vorberaten können, da hätte ich mich durchaus wesentlich leichter getan, wenn ich mal ein paar Fragen hätte stellen können und tatsächlich dann eine qualifizierte Meinungsbildung hätte stattfinden können. Für mich muss ich ehrlich sagen, war es erst mal ziemlich kryptisch. Das möchte ich jetzt einfach zum Schluss auch nur loswerden.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Entschuldigung für die ganz kurze zweite Runde, aber liebe Kollegin Binder, es geht hier nicht um halbe Monatsmieten. Also, da müssen Sie tatsächlich mal einen Blick auf die städtische Webseite über diese Betreuungsentgelde werfen. Das ist völlig übertrieben, muss man an der Stelle sagen. Zweitens, das war analog bei der Kita-Debatte, das haben wir ja auch hier besprochen in diesem Haus, dass, wenn es Eltern gibt, die unter eine bestimmte Einkommensgrenze rutschen aufgrund der Corona-Situation, dann haben sie ja die Möglichkeit, eben zum Beispiel den Kinderpass zu beziehen in Karlsruhe, und dann fallen sie automatisch eben aus den Beitragszahlungen raus. Das heißt, das, was Sie da beantragen, das haben wir in Karlsruhe bereits mit der bestehenden Systematik eigentlich vorgedacht, und das zeigt doch im Endeffekt, wie gut die soziale Stadt bereits an vielen Stellen funktioniert. Wir können viel nachjustieren, aber bitte eben da, wo es Sinn ergibt, danke.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird dem Änderungsantrag der LINKEN zustimmen. Wir sehen es ganz einfach so, Herr Bauer, die Leute sollen dafür zahlen, was sie praktisch nutzen, aber nicht für Dinge bezahlen müssen, was sie nicht nutzen können. Das ist eine ganz einfache Sache, und wenn man den Leuten dann sozusagen sagt, dann holt euch den Karlsruher Pass, also das finde ich auch schon heftig, so eine Argumentation von Ihrer Seite.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst auf den Änderungsantrag der LINKEN, der sich auf den Punkt c) der Regelung bezieht und bitte um Ihr Votum - das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann rufe ich die unveränderte Beschlusslage der Verwaltung auf und bitte um Ihr Votum... Halt, Frau Stadträtin Binder. Nein, jetzt lassen Sie doch, dann schieben Sie halt das ganze Ding nieder, das ist doch okay. Wir können es auch getrennt machen. Ich bin ja zu allem bereit.

Ich stelle zur Abstimmung die Beschlussvorlage der Verwaltung, hier aber lediglich den Buchstaben c) und bitte um Ihr Votum - das ist mehrheitlich.

Jetzt nehme ich die Beschlussvorlage, die Beschlussziffern a) und b) und auch das steht jetzt zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum - so, das ist einstimmig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. April 2021